

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 22. September 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann
Peter Aegerter, Natalie Althaus, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg (bis und mit Traktandum 7), Claude Schlapbach, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Stadträtinnen Susanne Gygax und Eveline Salzmann, Stadtrat Reto Schertenleib und Stadtschreiber Bruno Huwyl Müller

Schluss der Sitzung

19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Insbesondere begrüsst er die neue Stadträtin Natalie Althaus, welche als Nachfolgerin von Sarah Zaugg im Rat Einsitz nimmt.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

Der Stadtratspräsident teilt mit, dass bei Traktandum acht der Vizestadtratspräsident Manfred Locher übernehmen wird, da er sich an der Diskussion beteiligen wird.

87. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 1. September 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

88. Sachkommission Bau und Liegenschaften

Ersatzwahl für die zurückgetretene Sarah Zaugg (Grüne)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission Bau und Liegenschaften wird als Mitglied anstelle von Sarah Zaugg (Grüne) per sofort gewählt: Natalie Althaus (Grüne).

89. Budget- und Rechnungskommission BRK

Ersatzwahl für die zurückgetretene Sarah Zaugg (Grüne)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Budget- und Rechnungskommission BRK wird als Mitglied anstelle von Sarah Zaugg (Grüne) per sofort gewählt: Natalie Althaus (Grüne).

90. Erwerb des Grundstückes Thun 1 (Thun)-Grundbuchblatt Nr. 5175

Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 393'470 Franken als neue Ausgabe für den Kauf des Grundstückes Thun 1 (Thun)-Grundbuchblatt Nr. 5175 mit einer Fläche von 1'078 m²

Gemeinderat Konrad Hädener sagt, dass eine aktive Bodenpolitik zu betreiben ist. Nach Möglichkeit sollen interessante Grundstücke gekauft oder allenfalls im Baurecht übernommen werden, auch wenn letzteres meist weniger attraktiv ist. Verkauft wird in der Regel nichts mehr. Die armasuisse betreibt die gleiche Politik. Trotzdem kann heute ein Geschäft vorgelegt werden, bei welchem ein Grundstück von der armasuisse erworben werden kann. Es ist vorgesehen, dass es eine Zone für öffentliche Nutzung werden wird. Daneben gibt die armasuisse eine Parzelle im Baurecht an die Stadt ab. Dieses Geschäft liegt in der

Kompetenz des Gemeinderats, der diesem bereits zugestimmt hat. Interessant sind die Grundstücke, weil sie neben der Schulanlage Lerchenfeld gelegen sind. Es läuft aktuell ein Wettbewerbsverfahren für den Umbau dieser Schulanlage. Die Bauzeit wird fünf bis sieben Jahre betragen. Diese soll verkürzt werden. Die neue Parzelle gibt räumlichen Spielraum für Entlastung. Er bittet den Stadtrat, der Vorlage zuzustimmen.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, erörtert, dass diese Parzelle zweigeteilt wird. Der bebaute, südliche Teil kann im Baurecht übernommen werden für 50 Jahre, was der Gemeinderat bereits genehmigt hat. Der nördliche Teil grenzt direkt an die Schulanlage Lerchenfeld. Heute ist dies eine Wohnzone W3. Diese wird umgezont in eine Zone für öffentliche Nutzung. Der Kaufpreis beträgt 393'470 Franken. Hinzu kommen Verschreibungs- und Vermessungskosten von etwa 6'000 Franken. Der Kauf ist insbesondere möglich, weil die Stadt bereits 2018 mit der armasuisse in Kontakt getreten ist. Die Gärtnerei konnte von der Stadt übernommen werden, teilweise auch mit Personal. Für die Schule entsteht mehr räumlicher Spielraum. Der Beschluss der SAKO war einstimmig zustimmend bei einer Vakanz.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, sagt, dass es Chancen gibt, in Thun Grundstücke zu erwerben, wenn man frühzeitig das Gespräch sucht und auch etwas Glück hat. Die Fraktion begrüsst den Kauf und auch die Übernahme des anderen Grundstückes im Baurecht und wird dem vorliegenden Geschäft einstimmig zustimmen. Möglicherweise kann bei der Sanierung der Schulanlage Lerchenfeld die Bauzeit reduziert werden, was auch Kosten sparen wird.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet es eine optimale Lösung. Der Wettbewerb wird zeigen, was auf dem Grundstück die beste Entwicklung sein wird. Die Fraktion sagt klar ja zum Kauf dieses Grundstücks.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, findet, dass das Grundstück optimal gelegen ist. Es ergeben sich viele Möglichkeiten, was damit gemacht werden kann. Der Wettbewerb wird zeigen, welches die beste Nutzung ist. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass der Erwerb des Grundstücks unbestritten sinnvoll ist und die Fraktion das Geschäft einstimmig annehmen wird.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist mit dem Kauf einverstanden und kann die genannten Beträge nachvollziehen. Der Betrag ist im Aufgaben- und Finanzplan 22-25 eingestellt. Die vorläufige Nutzung macht Sinn. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) schliesst sich den Ausführungen der Vorredner grundsätzlich an. Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl macht es Sinn, das Land als strategische Schulraumreserve zu erwerben. Der Kaufpreis scheint in einem guten Rahmen zu sein. Die finanzielle Tragbarkeit und die damit erreichbaren Legislaturziele zeigen auf, dass das Vorgehen des Gemeinderates wohlüberlegt und planerisch sinnvoll ist. Die FDP wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Konrad Hädener teilt mit, dass in der Rochadeplanung die Variante Schulauslagerung die Präferenz der Lehrpersonen, Eltern und des Quartierleists ist. Die armasuisse macht der Stadt einen Gefallen. Es wäre gut, dies im Hinterkopf zu haben für künftige Geschäfte.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht, beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 393'470 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5000.001 (Bilanz-Konto Nr. 14000.01.01) für den Kauf des Grundstückes Thun 1 (Thun)-Grundbuchblatt Nr. 5175 mit einer Fläche von 1'078 m².
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

91. Postulat P 8/2022 betreffend weg von russischem Gas

Fraktionen Grüne/JG, SP und glp/EVP/EDU vom 24. März 2022; Beantwortung

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne/JG**, findet es aufgrund der drohenden Gas- und Strommangellage des kommenden Winters sinnvolle, kurzfristige Massnahmen, dass zusätzliche Gasspeicherreserven gesichert werden können und eine Taskforce eingesetzt wurde. Längerfristig soll die Versorgungssicherheit mit einer diversifizierteren Gasbeschaffung sichergestellt werden, um nicht länger einzelnen Regimen auszuliefern zu sein. Mit der Diversifizierung, einer Steigerung des Biogasanteils, dem Ausbau des Fernwärmenetzes und vermehrter Nutzung von Umweltwärme kann die künftige Wärmeversorgung nicht nur sicherer, sondern auch nachhaltiger gestaltet werden. Es ist ein grosses Anliegen der Fraktion, dass der Umstieg auf erneuerbare Energie auch in der Wärmeversorgung möglichst schnell vorangetrieben wird. Die Fraktion empfiehlt einstimmig, das Postulat anzunehmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion das Postulat unterstützt. Es geht aber nicht nur um russisches Gas, sondern um Gas allgemein. Gas führt zu einer Abhängigkeit von anderen Ländern. Es ist unklar, was sich in Zukunft in anderen Regionen der Welt abspielen wird. Dasselbe gilt für Öl. Die Schweiz muss unabhängig werden. Dies führt auch dazu, dass wir nicht erpresst werden können. Heute gibt es Probleme bei der Lieferung von Photovoltaik und es gibt zu wenig geschultes Personal hierfür. Der Umstieg auf erneuerbare Energie ist ein langer Weg. Für die Gesellschaft ist dies eine grosse Herausforderung, die wir bewältigen können. Er ist gespannt, welche Massnahmen im Winter in Bezug auf eine mögliche Strommangellage auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinde eingeführt werden. Über die Argumentation, hier eine Lampe weniger und dort einen Wasserzauber weniger, ist er erstaunt. Man müsste mutiger sein. Wer will aber den Mut haben, im Herbst zu sagen, dass die Eis-Sportanlagen nicht in Betrieb genommen werden. Diesen Mut wird niemand haben, jedenfalls nicht vor Ende November. Es wird einschneidende Massnahmen geben, wenn es tatsächlich zu einer Strommangellage kommen wird. Er vertraut auf die Behörden, dass dieser Winter gemeistert werden kann mit nicht allzu strengen Massnahmen. Die Fraktion wird dem Postulat zustimmen.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, teilt mit, dass gar kein russisches Gas mehr geliefert wird. Es besteht das Ziel Netto-Null 2050, wofür zahlreiche verschiedene Massnahmen benötigt werden. Ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien muss erfolgen. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat. Das Postulat könnte auch abgeschrieben werden, wobei diese Kompetenz aber nicht bei seiner Fraktion liegt.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, findet den Titel reisserisch. Unabhängigkeit von russischem Gas leuchtet allen ein. Gas ist grundsätzlich kritisch. Gewisse Punkte müssen angesprochen werden. Der Gemeinderat spricht von einem Zeithorizont von mehr als 15 Jahren. Das Ziel des Postulats ist aber, dass man möglichst schnell weg will von russischem Gas. Das Thema umzusetzen wird – wie Stadtrat Schori bereits angetönt hat – schwierig, gerade weil der Wahlherbst bevorsteht. Dabei wird es heikel, der Bevölkerung zu sagen, dass kein Strom und Gas mehr vorhanden sind. Dies ist eine Thematik, die man beachten muss. Gewisse Leute, die das Postulat miteingereicht haben, sind mitverantwortlich, dass eine solche Abhängigkeit von russischem Gas besteht. Die Grünen stellen sich gegen den Ausbau von Wasserkraft, wollen eine Schweiz mit 10 Mio. Einwohnern und AKWs sollen abgeschaltet werden. Der Inhalt des Postulats zeigt auf, dass viele Massnahmen erst in Zukunft erreicht werden können. Er wünscht sich, dass die Politik aufzeigt, was konkret gemacht werden kann. Es reicht nicht, Steuern einzuziehen und eine Strategie zu machen. Wichtig ist, dass Massnahmen getroffen werden. Vielleicht nicht eine solche Massnahme, die Stadtrat Schori

angesprochen hat. Aber es sollten Massnahmen getroffen werden, die aufzeigen, dass man zusammensteht. Dies hat man mit der Taskforce gemacht. Kurzfristig werden aber die Massnahmen gemäss der Antwort des Gemeinderates nichts bringen. Die Fraktion nimmt das Postulat an und wünscht sich schnell umsetzbare Massnahmen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, sagt, dass der Ausstieg aus ungunstigen Energieabhängigkeiten überall anerkannt ist. Leider wurde der Zeitpunkt etwas verschlafen. Weiterschlafen macht keinen Sinn. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Markus van Wijk (FDP) ist nur bedingt befriedigt über die Antwort. Das kurzfristige Problem wird in der Antwort des Gemeinderates nicht gelöst. Es handelt sich primär um eine strategische Frage des Bundes. Etwa 47 % des in der Schweiz benötigten Gases stammt aus Russland. Eine Diversifizierung aller Energiequellen ist notwendig. Sollte eine Energiemangellage im Winter eintreffen, wird jedes Land um seine Bevölkerung besorgt ist. Eine Kontingentierung und Priorisierung macht am meisten Sinn. Wenn der Winter hart wird, werden auch die Massnahmen hart. Die FDP ist froh um die Einsetzung der Taskforce. Wie können die mehr als 20'000 Haushalte unterstützt werden, wenn das Gas nicht mehr vorhanden ist? Die Politik hat es verpasst, die Entwicklung zu antizipieren. Es müssen im Winter schwierige Einschränkungen in Kauf genommen werden. Die FDP wird das Postulat einstimmig annehmen.

Thomas Hiltbold (Grüne) weist die Vorwürfe von Stadtrat Bortler von sich. Die Grünen sind nicht gegen den Ausbau der Wasserkraft. Den Ausstieg aus der Atomkraft ist auf einen Volksentscheid zurückzuführen. Die Werte betreffend Regionalität werden geteilt. Das Förderprogramm Energieeffizienz ist aufgrund einer Beschwerde blockiert. Hier wäre der Moment für die Beschwerdeführer, ob man angesichts der Dringlichkeit nicht mit der Zwängerei aufhören will und die Beschwerde zurückziehen will.

Franz Schori (SP) bezieht sich auf die Wortmeldung von Valentin Bortler. Er wolle nicht, dass die Eis-Sportanlagen nicht in Betrieb genommen werden. Sondern er habe die Frage aufgeworfen, wer als erstes diese Forderung stellen werde.

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass es nicht stimmt, dass die Stadt kein russisches Gas mehr hat. Es gibt eine Kontinentalleitung durch die Ukraine, wodurch russisches Gas fliesst. Gas kennt keinen Herkunftsnachweis. Hauptlieferant ist Deutschland, wo wir die Herkunft kennen. Der Gemeinderat will grundsätzlich aus fossilen Energien austeigen. In der Beantwortung liegt der Fokus nicht auf dem Sparen, sondern darauf, wie man weg von russischem Gas kommt. Die aufgezeigten Handlungsstränge haben unterschiedliche Zeithorizonte. Nicht nur die kurzfristigen Massnahmen wurden aufgezeigt. Beim Förderfonds Energieeffizienz wäre die Stadt ab dem 1. Januar 2023 bereit. Die Bevölkerung und die Wirtschaft könnten unterstützt werden. Es ist unklar, wie bei der Beschwerde entschieden wird. Die Stadt Thun liess eine Machbarkeitsstudie betreffend Seethermie erstellen. Ein Seethermieprojekt dauert fünf bis acht Jahre. Was schnell wirkt, ist unser Sparen von Strom.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne/JG**, merkt an, dass wenn man die erneuerbaren Energien so vorangetrieben hätte wie dies die Grünen forderten, wäre man vermutlich nicht in dieser Lage. Die Abschaltung des AKW Mühleberg war auch ein wirtschaftlicher Entscheid.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

92. **Dringliches Postulat P 22/2022 betreffend Stärkung der Arbeitsintegration der Stadt Thun**

Franz Schori (SP), Eveline Salzmann (SVP), Thomas Bieri (SVP), Ronald Wyss (Die Mitte), Mark van Wijk (FDP), Alwin Hostettler (Grüne/JG), Fraktion SP, Fraktion glp/EVP/EDU vom 7. Juli 2022; dringliche Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, hält den Standpunkt des Gemeinderates fest, wonach sich die Arbeitsintegration weiterentwickeln müsse, aber die finanziellen Mittel hierfür fehlen würden, ausser wenn Mittel aus dem Arbeitslosenfonds entnommen werden können. Wenn es gelingt, Menschen, die aus dem Arbeitsmarkt fallen, wieder zu integrieren, hat dies einen grossen gesellschaftlichen Nutzen. Glücklicherweise sind die Zahlen rückläufig. Es gelingt also, mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzuintegrieren. Die Arbeitsintegration wird auch in Zukunft benötigt. Für den laufenden Budgetprozess ist das Postulat zu spät. Der Gemeinderat will die Arbeitsintegration weiterführen mit dem Arbeitslosenfonds. Zuerst hat sich die Fraktion schwer getan mit der Frage des Abschreibens. Der Gemeinderat kündigt aber mehr an, als im Postulat gefordert wird. Die Fraktion ist für die Annahme und die Abschreibung dieses Postulats.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, zeigt auf, welche Wichtigkeit die Fachstelle Arbeitsintegration für die Stadt Thun und die breite Bevölkerung hat. Da wegen dem aktuellen Leistungsvertrag mit dem Kanton keine Reserven gebildet werden können, sind innovative Ideen und Projekte nicht umsetzbar. Für die Integration von vielen Menschen in den Arbeitsmarkt sind vielseitige Angebote unabdingbar. Sie ist überzeugt, dass der Gemeinderat an der Thematik dranbleibt. Es ist wichtig, dass die Thematik in einer gesamtheitlichen Betrachtung erfolgt. Der Prüfauftrag ist erfüllt. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen und abschreiben.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, stellte sich die Frage, ob es sinnvoll ist, den Vorstoss bereits abzuschreiben. Die Stärkung der Arbeitsintegration ist noch nicht erfolgt. Die Fraktion schliesst sich der Abschreibung aber auch an. Dass Arbeitsintegration wichtig und sinnvoll ist, ist unbestritten. Der zu integrierende Mensch soll mehr Steuerungs- und Wahlfreiheit haben. In Zukunft wird der Markt entsprechend definieren, wo die Felder sind, in welchen die Menschen aufgenommen werden können. In den letzten Jahren hat man die Beiträge zurückgeschraubt, womit die Anreize, an einem solchen Programm teilzunehmen, kleiner geworden sind. Die Arbeitsintegration von morgen richtet sich danach aus, ob das Programm Menschen arbeitsfähig macht. Man muss den Markt kennen und wissen, wo Menschen gebraucht werden. Gerade in der Gastronomie und der Logistik werden vielen Menschen gesucht. Ein gutes lokales Netzwerk und ein gutes Programm sind unumgänglich. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, findet es eine sinnvolle Institution und eine entsprechende finanzielle Unterstützung notwendig. Kosten der Sozialhilfe können eingespart werden. Von Gemeinderat Siegenthaler möchte er das Bekenntnis haben, dass er die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Ronald Wyss, **Fraktion Die Mitte**, führt aus, dass sich die Stadt der Situation bewusst ist, wie wichtig Arbeitsintegration ist. Helfen ist immer auch ein Geschäft. Die Fachstelle für Arbeitsintegration steht mit Konkurrenten in einem Wettbewerb. Der Gemeinderat teilt mit, dass man in der nächsten Budgetrunde mehr Geld zusprechen wird. In der Hoffnung, dass sich die neu gewählte Stadtregierung an diese Bekundungen halten, plädiert die Fraktion auf Annahme und Abschreibung des Postulats.

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass grundsätzlich der Kanton zuständig ist für die Arbeitsintegration. Eine gewisse Anzahl von Menschen ist weder arbeitsfähig noch arbeitsmarktfähig und wird es auch nie sein. Die Stadt Thun unterstützt sinnvoll die Integrationsabsicht des Kantons Bern mit der Fachstelle Arbeitsintegration. Das Rechnungsmodell zeigt eindeutig, wie teuer ein nicht integrierter Fall für die öffentliche Hand wird. Eine grösstmögliche Integration muss angestrebt werden. Die FDP erwartet, dass

der Gemeinderat in der Verhandlung mit dem Kanton günstige Bedingungen erreicht. Auf die Kriterien Orientierung am Bedarf, Wirksamkeit, Sinn und adäquaten Mitteleinsatz muss Rücksicht genommen werden. Er stellt die Frage, ob die Stadt das Programm KIA nutzt oder nutzen wird. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Gemeinderat Peter Siegenthaler ergänzt, dass es erfreulich ist, dass mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Aktuell besteht eine fehlende Auslastung. Es kommen weniger Zuweisungen, weil die Menschen gar nicht von einer Arbeitsintegration profitieren müssen. Die nicht gefüllten Plätze werden durch den Kanton nicht bezahlt. Die Stadt kann sich vorstellen, mehr Flexibilität und andere Angebote anzubieten, um die Arbeitsintegration noch attraktiver zu gestalten. Darin fällt auch die Frage der KIA-Nutzung. Im Moment hat es eine Arbeitslosenquote von 2 % in der Schweiz. Diese Menschen konnten durch die vorangehenden Programme nicht integriert werden. Dies werden nie die Stärksten sein, welche die Wirtschaft dringend sucht. Der Umgang mit ihnen und die Betreuung von ihnen stellt die Mitarbeitenden vor grosse Herausforderungen. Das Geschriebene nimmt der Gemeinderat ernst und dies wird auch der künftige Gemeinderat ernst nehmen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

93. Postulat P 14/2022 betreffend Konzept «Tempo 30 im Siedlungsgebiet» von Thun

Fraktionen SP, GLP/EVP/EDU und Grüne/JG vom 12. Mai 2022; Beantwortung

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, empfindet es als Idealfall, wenn es für jedes Quartier ein Betriebs- und Gestaltungskonzept gäbe. Diese erfolgen aber meist zu spät oder sie kosten zu viel. In diesem Zusammenhang fehlt eine Strategie des Gemeinderates. Es nützt nichts, die Verantwortlichkeiten in der Verwaltung hin und her zu schieben. Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Betriebs- und Gestaltungskonzepte zeitnah zu erstellen. Es muss getestet werden. Mit dem Verkehr am rechten Thunersee-Ufer konnten Erfahrungen gesammelt werden. Die Quartiere sind bereit, bei gewissen Tests mitzumachen, da es bereits Interessent*innen gibt. Ihm schwebt vor, dass man ein übergeordnetes Betriebs- und Gestaltungskonzept macht, welches die Grundsätze regelt. Auch in Bern gibt es dies. Anhand der Grundsätze kann man für jedes Quartier ein Betriebs- und Gestaltungskonzept light machen. Bei Bauarbeiten kann dies vertieft werden. Das Problem ist, dass man bei Sanierungen nicht weiss, wie man dies machen soll, weil es das Betriebs- und Gestaltungskonzept noch nicht gibt. Man muss mit den Grundlagen der Planung bereit sein. Es sollen pragmatische Lösungen gefunden werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und stellt den Antrag, dass es nicht abgeschrieben wird. Es sollen zuerst die notwendigen Daten vorliegen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass es um weniger Lärm, weniger Luftschadstoffe und mehr Verkehrssicherheit mit weniger Bremswegen geht. Es geht aber auch um Lebensqualität. Niemand wohnt gerne an einer Tempo 50 Strasse. Es braucht Betriebs- und Gestaltungskonzepte. Die Ressourcen sind aber nicht vorhanden, um diese umzusetzen. Sie bittet den Gemeinderat, das Tiefbauamt und das Planungsamt, dass pragmatische Lösungen gefunden werden. Tempo 30 wird an immer mehr Orten gefordert. Nicht nur von der Politik, sondern auch von der Bevölkerung. Tempo 30 ist ein Mittel. Es ist aber kein Mittel, dass automatisch dazu führt, dass weniger CO₂ produziert wird. Jedoch kann es dazu führen, dass mehr Leute das Velo nutzen oder zu Fuss gehen. Mit Testungen soll mutig vorangeschritten werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an, schreibt es aber nicht ab.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, findet, dass es bei einem so grossen Projekt wie dem Gesamtverkehrskonzept immer jemandem zu schnell und einem anderen zu langsam geht. Es geht um Kosten von über 700 Mio. Franken. Auch der Charakter der Betriebs- und Gestaltungskonzepte muss

wegen der hohen Kosten in das richtige Licht gerückt werden. Es ist nur ein Konzept. Es beinhaltet nur Vorschläge. Es ist fraglich, ob diese je umgesetzt werden können. Bei der Diskussion soll dort gehandelt werden, wo es das grösste Potential gibt. Die Tempobegrenzung hat auch Einschränkungen für den öffentlichen Verkehr. Er bevorzugt es, dass es Fussgängerstreifen gibt. Bei 30er-Zonen gibt es oft keine Fussgängerstreifen, was für Kinder nicht gut ist. Grundsätzlich ist das Gesamtverkehrskonzept da und es wird priorisiert. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu und schreibt es ab.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, ist wichtig, dass die Strassen gesamtheitlich betrachtet werden. Bei der Erarbeitung der Betriebs- und Gestaltungskonzepte sollen alle Anspruchsgruppen miteinbezogen werden. Auch die Schulen müssen beachtet werden. Es soll ein Mehrwert für die Bevölkerung geschaffen werden. Ein gestaffeltes Vorgehen ist richtig. Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist massgebend. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Nicole Krenger, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet positiv, dass eine breite Auslegung der strategischen und rechtlichen Grundlagen in der Antwort des Gemeinderates gemacht worden ist. Den Rest der Antwort hat sie nicht überzeugt. Sie liest nicht heraus, ob der Gemeinderat vom Grundsatz her will oder nicht. Dies hätte ihr geholfen, die geplante Richtung zu ermitteln. Zeitlich ist es vage. Es ist unklar, wann es losgeht. Sie ist nicht Spezialistin in diesem Bereich. Es könnte einfach ein Pilotprojekt durchgeführt werden. Es sollte nicht schwierig sein, ein Tempo 50 Schild mit einem Tempo 30 Schild zu überkleben. Der Fraktion ist es ein Anliegen, dass das Tempo in der Umsetzung erhöht wird. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Claude Schlapbach (FDP) führt aus, dass viel ausgeführt und geplant ist. Der Einsatz von Tempo 30 muss sinnvoll geplant werden und im Gesamtverkehrskonzept eingebettet sein. Er weist darauf hin, dass Tempo 30 für alle, auch für E-Bike-Fahrer gilt. Die FDP stimmt der Annahme zu und ist für die gleichzeitige Abschreibung.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass viele Menschen über das Gesamtverkehrskonzept sprechen. Er zweifelt, dass diese alle das Konzept gelesen haben. Es ist eine Sammlung von vielen Defiziten des Strassennetzes. Es beinhaltet auch Massnahmepläne und Prioritäten. Das Konzept ist auch darin enthalten. Es ist nicht explizit dokumentiert, was die Finanzierung anbelangt. In einem Nachgang wird geprüft, was die Behebung aller Defizite beinhaltet. Alles ist nicht finanzierbar und es muss eine detailliertere Priorisierung folgen. Mit einer Umsignalisation ist es nicht erledigt. Meistens sind bauliche Anpassungen notwendig. Auch polizeiliche Kontrollen müssen erfolgen. Beides führt zu hohen Kosten. Flächendeckende Tests bedingen auch bauliche Anpassungen. Wenn bei einzelnen Strassen keine baulichen Massnahmen getroffen werden, werden diese weiterhin schneller befahren. Ein Betriebs- und Gestaltungskonzept light gibt es bei der Buchholzstrasse. Es waren nicht alle erfreut. Der Zeithorizont des Gesamtverkehrskonzept ist bis 2035. Die Verantwortung wird nicht in der Verwaltung hin und her geschoben. Auch die Ortsplanungsrevision hat hohe Priorität. Es ist klar, wer was macht. Es gibt einen Plan, wie man vorgeht. Bei der Schulstrasse wird eine Ausnahme gemacht, was auch Folge der Petition «Verbesserung der Verkehrssicherheit und Erhöhung der Lebensqualität an der Schulstrasse – Tempo 30» ist.

Adrian Christen (SP) versucht, aktiv Vorschläge zu machen. Es ist ihm ein Anliegen, mitzuhelfen, dass es schneller geht. Er kann nachvollziehen, dass das Gesamtverkehrskonzept viel beinhaltet und es viel Arbeit gibt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 22 : 15 Stimmen nicht ab.

Kurzer Sitzungsunterbruch bis 19:00 Uhr.

94. Interpellation I 6/2022 betreffend Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in den 30 Zonen und Einhaltung des Zubringers

Martin Allemann (SP) und Jonas Baumann (EVP) vom 12. Mai 2022; Beantwortung

Die Leitung dieses Traktandums übernimmt der **Vizestadtratspräsident Manfred Locher**.

Martin Allemann (SP) ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Martin Allemann (SP) führt aus, dass es nicht reicht, die Signalisation zu ändern. Tempo 30 ist gut gemeint, aber die Autofahrer und E-Bike-Fahrer halten sich nicht daran. Das Problem liegt darin, dass baulich nichts geändert wurde. Zudem erfolgen keine Kontrollen. Die Stadt sagt, dass teilweise kontrolliert werde. Die Polizei führte aus, dass sie keine Statistik mache. Er hat dort noch nie Geschwindigkeitskontrollen festgestellt. Das Lichtsignal führt dazu, dass ortskundige Autofahrerinnen und Autofahrer rechts abbiegen und versuchen, den Bus zu überholen. Er versteht nicht, wieso es dort ein Lichtsignal gibt. Das Lichtsignal müsste mindestens vom Bus gesteuert werden. Wenn kein Bus durchfährt, ist dieses nicht notwendig. Bei Lastwagen kann man mit dem Spiegel arbeiten. Auch andere Quartiere leiden, wenn es Zubringer gibt. Diese sind nur attraktiv, wenn man dort schneller fahren kann als auf der normalen Strasse. Mit wenigen Massnahmen kann man mehr Ruhe in die Quartiere bringen. Er möchte ein Konzept der Stadt, worin geregelt wird, wie die Zubringer kontrolliert werden.

Jonas Baumann-Fuchs (EVP) erwähnt, dass anlässlich einer Messung der schnellste Autofahrer mit 72 km/h gefahren ist. Er findet die Situation problematisch. Er hat erfahren, dass ein Zubringer nicht kontrolliert werden könne. Dies ist nicht verständlich. In der Antwort ist zu lesen, dass man den Taxifahrern und Mitarbeitenden der Stadt sagen wird, dass sich dort ein Zubringer befindet. Dies wurde schon mehrmals gemacht und führte nicht zur gewünschten Reduktion des Verkehrs. Die Idee mit der Neueinrichtung der Ampel ist zu prüfen. Dies würde die Situation entschärfen. Die Signalisation des Zubringers ist im Gebüsch versteckt. Der Zubringer müsste vor der Einbiegung signalisiert werden.

Claude Schlapbach (FDP) versteht die Anwohner. Die Interpellation betrifft partikulare Interessen. Er versteht, dass man das Gesamtbild sehen muss.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, versteht die Problematik. Die Ampel ist an Sinnlosigkeit nicht zu übertreffen. Er versteht den Ärger im Quartier. In der unteren Wart besteht genau dieselbe Problematik. Teure bauliche Massnahmen werden nicht eingesehen. Kontrollen sollen eingeführt werden und die Ampel soll nur eingeschalten werden, wenn ein Bus kommt.

Martin Allemann (SP) sagt, dass es Partikularinteressen sind, aber es trotzdem der Auftrag der Vertretung der Bevölkerung ist. Auch bei der Schulstrasse geht es um Partikularinteressen. Die Abschaltung der Ampel könnte auch zu einer Verbesserung bei den Kreiseln auf der Frutigstrasse führen. Er wünscht sich von Gemeinderat Konrad Hädener eine Antwort, wie die Zubringer in der Stadt Thun kontrolliert werden können.

Gemeinderat Konrad Hädener führt aus, dass wenn man die Strassenhierarchie aufhebt und nur auf wenigen Strassen Hindernissen erstellt, es dazu führt, dass die Menschen einen anderen Weg nehmen. Er möchte nun nicht einen Workshop über die Ampel durchführen. Grosse Fahrzeuge können die Kurve nicht passieren, ohne die Mittellinie zu überfahren. Deshalb gibt es die Ampel. Über den Ort der Signalisation des Zubringers kann man sprechen. Eine Trottoirüberfahrt könnte geplant werden. Die Verkehrskontrollen sind nicht in seiner Zuständigkeit. Der Bezirksleiter der Kantonspolizei teilte ihm, dass man die Kontrolleure nicht erkennt, weil es nicht uniformierte Polizisten sind. Er schlägt vor, dass man

direkt die Polizei fragt, wie man die Kontrollen durchführt. Der Personalaufwand für den Vollzug ist zu hoch, sodass er gar nicht umsetzbar ist. Der Grossteil der Bevölkerung hält sich an die Regelungen.

Der Stadtratspräsident übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

95. Fragestunde F 14/2022 betreffend Verkehrssicherheit beim Kindergarten Bleichestrasse

Thomas Rosenberg (Grüne) vom 6. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 14/2022 wird schriftlich beantwortet.

96. Fragestunde F 15/2022 betreffend Stromsparmassnahmen

Nicole Krenger (GLP) und Nina Siegenthaler (SP) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 15/2022 wird schriftlich beantwortet.

97. Fragestunde F 16/2022 betreffend Legislaturziele

Nicole Krenger (GLP) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 16/2022 wird schriftlich beantwortet.

98. Fragestunde F 17/2022 betreffend Wasserzauber

Thomas Hiltbold (Grüne Thun) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 17/2022 wird schriftlich beantwortet.

99. Fragestunde F 18/2022 betreffend Lachenareal

Mark van Wijk, Barbara Lehmann Rickli und Claude Schlapbach (FDP) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 18/2022 wird schriftlich beantwortet.

100. Fragestunde F 19/2022 betreffend Energiesparen

Mark van Wijk, Barbara Lehmann Rickli und Claude Schlapbach (FDP) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 19/2022 wird schriftlich beantwortet.

101. Fragestunde F 20/2022 betreffend Stromsparen

Natalie Althaus (Grüne Thun) vom 20. September 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 20/2022 wird schriftlich beantwortet.

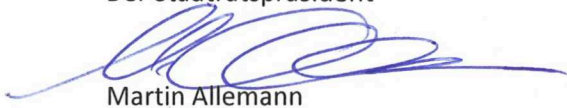
Mitteilungen

Der Stadtratssekretär führt aus, dass am 17. November 2022 voraussichtlich die Ortsplanungsrevision im Stadtrat behandelt werden wird. Die Akten dazu werden früher zugestellt. Die Stadtratssitzung könnte dann auch länger dauern.

Eingänge

- Postulat P 31/2022 betreffend Pumptrack beim Robinson-Spielplatz am Illienweg; Fraktion Die Mitte vom 22. September 2022
- Postulat P 32/2022 betreffend Förderung des Baus von Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien; SVP-Fraktion vom 22. September 2022
- Postulat P 33/2022 betreffend Sanierung Badeeingang und Seeufer Seepark; Fraktion GLP/EVP/EDU vom 22. September 2022

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder